

Kommunen im Kontext klimatischer Veränderungen und extremer Wetterereignisse

Ergebnisse einer Kommunenbefragung

Juliane Höhle, Anika Zorn, Thomas Pluntke, Tobias Neumann,
Susann Schäfer, Stefan Struve



INHALT

	Zusammenfassung: Kommunen im Kontext klimatischer Veränderungen	III
1	Hintergrund der Befragung	1
2	Methodik und Rücklauf	3
3	Stellenwert von Klimathemen	5
4	Wahrnehmung von Klimaveränderungen	7
5	Anpassungsmaßnahmen und strategisches Vorgehen	11
6	Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe	14
7	AkteurInnen und Kooperationen bei Klimathemen	21
8	Schlussfolgerungen	25

KOMMUNEN IM KONTEXT KLIMATISCHER VERÄNDERUNGEN

Kommunen im Burgenlandkreis, im Vogtlandkreis und im Landkreis Greiz wurden im April 2021 zum Thema klimatische Veränderungen befragt. Zentrale Ergebnisse der postalischen Umfrage sind zusammengefasst:

Stellenwert von Klimathemen

01. Klimathemen nehmen bei mehr als der Hälfte der Kommunen einen mittleren bis hohen Stellenwert in der kommunalen Praxis ein, werden aber den meisten anderen kommunalen Themen nachgeordnet.
02. Die Mehrheit der Kommunen beschäftigt sich mit Klimaschutz durch Maßnahmen zum Ausbau nachhaltiger Mobilität und erneuerbarer Energien. Bei einem Drittel der Kommunen existiert keine feste Zuständigkeit für Klimaschutz.

Wahrnehmung von Klimaveränderungen

03. Die Kommunen konnten in den letzten zehn Jahren Veränderungen von Temperaturen und Niederschlägen sowie ein verändertes Auftreten von Extremwetterereignissen vor Ort beobachten.
04. Alle befragten Kommunen haben in den letzten zehn Jahren Erfahrungen mit Schäden oder Problemen durch klimatische Veränderungen gemacht.

05. Probleme und Schäden traten in den Kommunen überwiegend durch Trockenheit und Starkniederschläge auf. Dies wird auch in Zukunft erwartet.
06. Aktuell sieht sich jede vierte Kommune noch nicht vom Klimawandel betroffen. In Zukunft erwarten nahezu alle Kommunen mindestens teilweise vom Klimawandel betroffen zu sein.

Anpassungsmaßnahmen und strategisches Vorgehen

07. Fast alle Kommunen setzen bereits unstrategisch reaktive (z.B. Baumbewässerung bei Trockenheit) oder präventive (z.B. Versickerungsflächen für Starkregen) Maßnahmen zur Klimaanpassung um oder planen diese.
08. Der Fokus der Kommunen bei der Klimaanpassung liegt auf Maßnahmen in den Bereichen grüne Infrastruktur und Erosionsschutz.
09. Drei Viertel der Kommunen haben bisher keine Strategie zur Anpassung an klimatische Veränderungen oder zur Vorsorge für Extremwetterereignisse.
10. Die Hälfte der Kommunen greift einzelne Aspekte des Klimawandels in bereits vorhandenen Konzepten oder Strategien wie Entwicklungsplänen auf.

KOMMUNEN IM KONTEXT KLIMATISCHER VERÄNDERUNGEN

Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe

11. Für mehr als zwei Drittel der Kommunen sind knappe finanzielle Ressourcen und ein Mangel an Personal zur Risikoabschätzung, Planung und Durchführung von Klimaanpassungsmaßnahmen die größten Herausforderungen.
12. Der größte Unterstützungsbedarf für die Kommunen besteht in der Finanzierung von Maßnahmen und Personal, dem Zugang zu Fördermitteln sowie einer Beratung zu Klimaanpassungsfragen.
13. Mehr als die Hälfte der Kommunen möchte aktiv über Gespräche und Veranstaltungen vor Ort zum Thema Klimaanpassung informiert werden. Andernfalls werden Formate wie Internetseiten und Newsletter favorisiert.
14. Die Antragsanforderungen für Fördermittel sind für die Mehrzahl der Kommunen zu umfangreich. Zudem fehlt es an Eigenmitteln und personellen Ressourcen für die Antragsstellung.
15. Zentrale Informationsquellen der Kommunen für Fördermittel sind der Deutsche Städtetag, der Landkreis und Abgeordnete.

AkteurInnen und Kooperationen bei Klimathemen

16. Die Hälfte der Kommunen steht in einem Austausch mit anderen Kommunen, insbesondere bei der Gewässerpflege, dem Katastrophen- und Hochwasserschutz.
17. Mehr als jede vierte Kommune arbeitet mit benachbarten Kommunen oder dem Landkreis bei Klimathemen zusammen. Die Kooperation mit Landesbehörden spielt eine untergeordnete Rolle.
18. Die Kommunen wünschen sich ein abgestimmtes, strategisches Vorgehen mit dem Land hauptsächlich zum Thema Förderung von Klimaanpassungsmaßnahmen.
19. Ein Abstimmungsbedarf zwischen Landkreis und Kommunen wird bei konkreten Klimaanpassungsmaßnahmen gesehen, die gegebenenfalls mit benachbarten Kommunen gemeinsam geplant werden.
20. Mehr als drei Viertel der Kommunen führen keine regelmäßigen Beteiligungsformate für BürgerInnen durch. Bei Bedarf werden Informationsveranstaltungen und Arbeitskreise in den Kommunen angeboten.
21. Kommunen wünschen sich bei der Klimaanpassung eine verstärkte Kommunikation mit Verbänden aus den Bereichen Naturschutz, Wasser-, Abwasser-, Land- und Forstwirtschaft.

1 HINTERGRUND DER BEFRAGUNG

Kommunen spielen aufgrund der lokal spezifischen Auswirkungen des Klimawandels und ihres Selbstverwaltungsrechts eine zentrale Rolle bei der Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen. Im Rahmen des Projektes „KlimaKonform – Gemeinsame Plattform zum klimakonformen Handeln auf Gemeinde- und Landkreisebene in Mittelgebirgsregionen“ werden Kommunen im Burgenlandkreis, im Vogtlandkreis und im Landkreis Greiz bei der Anpassung an klimatische Veränderungen und Extremwetterereignisse unterstützt. Ziel des Projektes ist es, Entscheidungsgrundlagen für die kommunale Klimaanpassung durch wissenschaftliche Methoden zu erarbeiten. Beispiele dafür sind Risikokarten für Hochwasser und Hitze oder Potentialanalysen für eine Grauwassernutzung und grüne Infrastruktur.

Um die Forschung an den tatsächlichen Bedarfen der Kommunen auszurichten, werden die Kommunen im Rahmen von Gesprächen, Workshops und einer standardisierten Befragung eingebunden. Die Ergebnisse dieses Austausches zwischen Wissenschaft und Praxis sind eine wichtige Grundlage für ein künftiges Konzept zur kommunalen Anpassungsberatung durch Klima-Coaches und zum Ausbau des regionalen Klimainformationssystems ReKIS KOMMUNAL, einer online Wissensplattform für Kommunen.

Im vorliegenden Bericht werden die Ergebnisse aus der kommunalen Befragung dargestellt. Der zugrundeliegende Fragebogen und dieser Bericht sind in fünf Themen gegliedert:

- * Stellenwert von Klimathemen
- * Wahrnehmung von Klimaveränderungen
- * Anpassungsmaßnahmen und strategisches Vorgehen
- * Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe
- * AkteurInnen und Kooperationen bei Klimathemen

Die fünf Themen werden eingeleitet von Erläuterungen zur Methodik und zum Rücklauf der Umfrage. Die Broschüre endet mit Schlussfolgerungen aus den hier dargestellten Ergebnissen.

Die Umfrage erfasst Einschätzungen von kommunalen VertreterInnen in einer spezifischen Region zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die untersuchte Region ist eher ländlich geprägt: In sechs Gemeinden mit mehr als 20.000 EinwohnerInnen leben 41 Prozent der Bevölkerung der drei Landkreise. Die größte Kommune ist die Stadt Plauen mit rund 64.000 EinwohnerInnen. Die Kommunenbefragung fand nach den Trockenjahren 2018 und 2019, inmitten der Corona-Krise und vor dem Hochwasser im Juli 2021 in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen statt.



2 METHODIK UND RÜCKLAUF

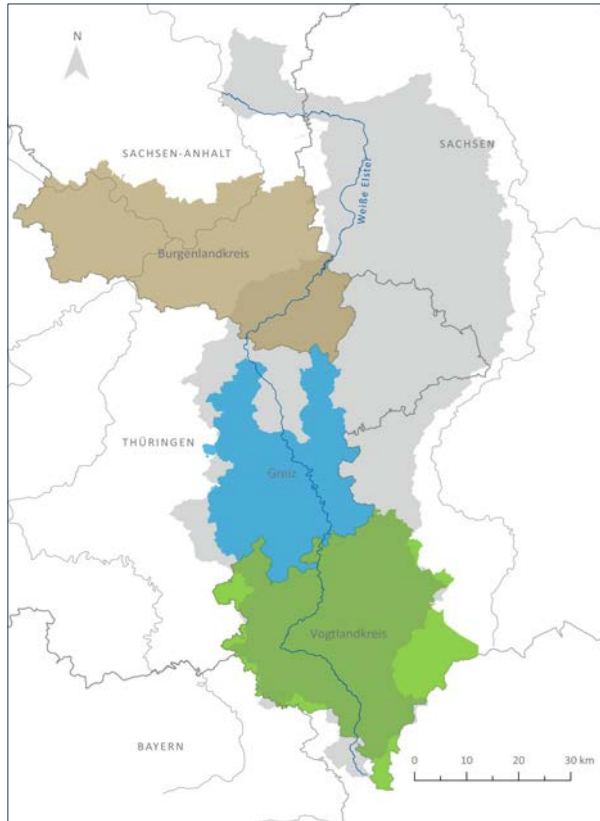


Abb. 1: Untersuchungsgebiet KlimaKonform © Höhle 2022

Die BürgermeisterInnen der Kommunen im Burgenlandkreis, im Vogtlandkreis und im Landkreis Greiz (Abbildung 1) waren im März und April 2021 aufgerufen, an einer postalischen Befragung zum Thema Anpassung an klimatische Veränderungen und Extremwetterereignisse teilzunehmen. Die drei Landkreise werden durch die Weiße Elster verbunden. Ziel der Umfrage war es, mit Hilfe von 33 Fragen eine flächendeckende Kenntnis über den Status quo und die Bedarfe in Hinblick auf kommunale Klimaanpassung in der Untersuchungsregion zu erlangen.

Von insgesamt 115 Kommunen in den drei Landkreisen beteiligten sich 61 Kommunen an der Befragung, was 53 Prozent der angeschriebenen Kommunen entspricht. Von den ausgefüllten Fragebögen entfallen 25 auf den Vogtlandkreis, 19 auf den Burgenlandkreis und 17 auf den Landkreis Greiz. Die Stichprobe bildet die Kommunen im Burgenlandkreis gut ab, während die vogtländischen Kommunen etwas über- und die Kommunen im Landkreis Greiz etwas unterrepräsentiert sind.

Kleine Gemeinden mit weniger als 5.000 EinwohnerInnen haben weniger häufig an der Befragung teilgenommen als Gemeinden mit mehr als 5.000 EinwohnerInnen (Tabelle 1). Die prozentuale Verteilung verschiebt sich somit zugunsten von einwohnerstärkeren Gemeinden. Sechs Fragebögen waren ohne Angabe der Bevölkerungszahl.

2 METHODIK UND RÜCKLAUF

	Angeschriebene Kommunen		Antwortende Kommunen	
EinwohnerInnen	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent
Bis 5.000	94	82	39	71
5.001 bis 1.0000	12	10	10	18
10.001 bis 20.000	3	3	2	4
20.001 bis 100.000	6	5	4	7
<i>Gesamt</i>	<i>115</i>	<i>100</i>	<i>55</i>	<i>100</i>

Tabelle 1: Bevölkerungsverteilung der angeschriebenen und antwortenden Kommunen.

Alle Abbildungen in dieser Broschüre stammen von Höhle 2021 (sofern nicht anders vermerkt).

3 STELLENWERT VON KLIMATHEMEN

Klimaschutz und -anpassung betreffen viele kommunale Aufgaben, stellen jedoch keine eigenständigen Pflichtaufgaben dar. Daher ist es wichtig zu ermitteln, welche Relevanz diese Aktivitäten in der Verwaltungspraxis haben (Abbildung 2). Etwa 40 Prozent der Befragten räumen dem Klimawandel einen mittleren Stellenwert ein. Für je rund ein Viertel ist der Klimawandel von (sehr) hoher bzw. eher geringer Bedeutung. Verglichen mit Themen wie Finanzen, der Corona-Pandemie und Attraktivitätssteigerung wird dem Klimawandel eine nachrangige Bedeutung zugeschrieben. Die konkreten Felder Klimaschutz und Klimaanpassung sind für ca. 40 Prozent eher nicht oder gar nicht relevant. Mehr als 50 Prozent der Befragten messen den Themen einen mittleren bis eher hohen Stellenwert bei.

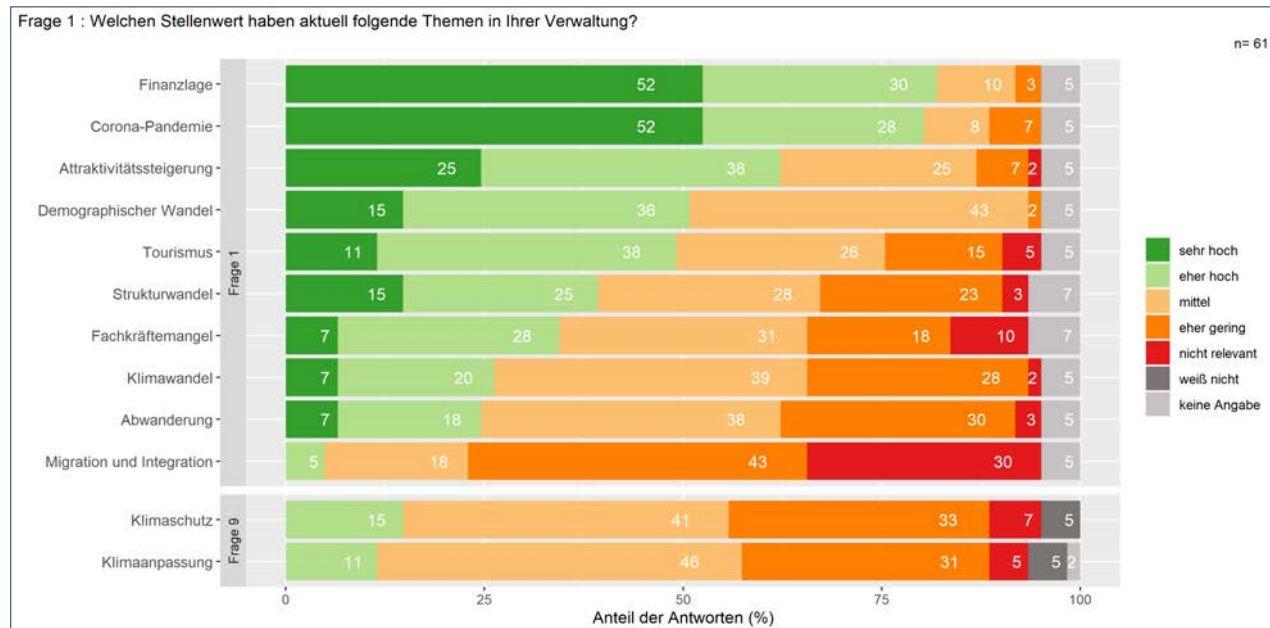


Abb. 2: Stellenwert von Themen in der Verwaltung

3 STELLENWERT VON KLIMATHEMEN

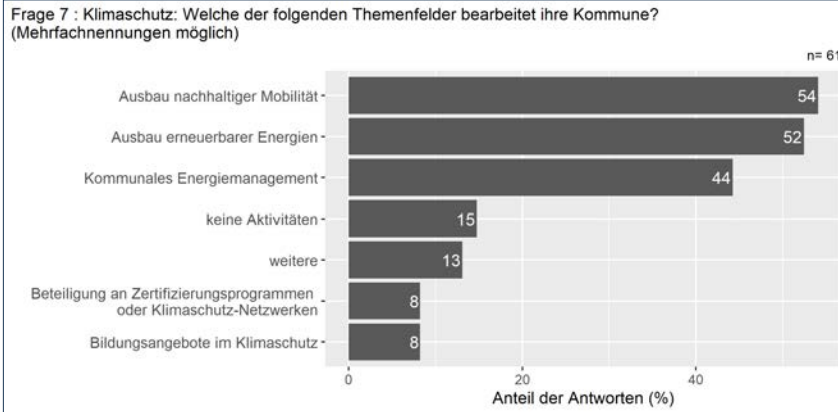


Abb. 3: Bearbeitete Klimaschutzthemen

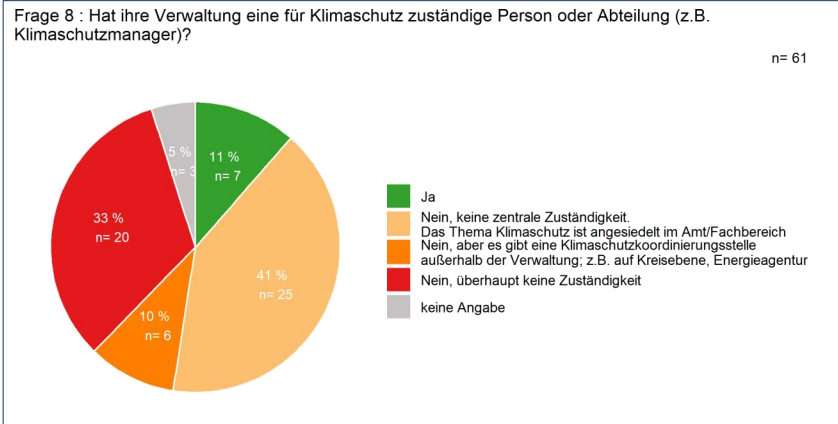


Abb. 4: Zuständigkeit für Klimaschutz

Ein Großteil der Kommunen beschäftigt sich mit Klimaschutz (Abbildung 3). Die wichtigsten Themenfelder sind der Ausbau nachhaltiger Mobilität und erneuerbarer Energien (jeweils mehr als 50 Prozent) sowie kommunales Energiemanagement (44 Prozent). Zertifizierungsprogramme, Klimaschutz-Netzwerke und Bildungsangebote spielen eine untergeordnete Rolle (jeweils 8 Prozent). Über die Intensität, Dauer und strategische Ausrichtung der Klimaschutzaktivitäten der Kommunen können die Ergebnisse keine Auskunft geben.

Klimaschutz ist in den Kommunen unterschiedlich administrativ verankert (Abbildung 4): Etwa die Hälfte aller Antwortenden gibt an, dass die Zuständigkeit für das Thema Klimaschutz in der eigenen Verwaltung liegt (z.B. in Form eines/einer EnergiemanagerIn oder einer Angliederung an das Bauamt). 10 Prozent der Kommunen arbeiten mit einer Klimaschutzkoordinierungsstelle außerhalb der Verwaltung zusammen (z.B. auf Kreisebene oder mit der zuständigen Energieagentur). Jede dritte Kommune hat für Klimaschutz keine feste Zuständigkeit.

4 WAHRNEHMUNG VON KLIMAVERÄNDERUNGEN

Klimatische Veränderungen werden bereits jetzt in vielen Kommunen wahrgenommen. Diese Veränderungen sowie Extremwetterereignisse können Schäden unterschiedlichen Ausmaßes verursachen. Die Betroffenheit der Kommunen von solchen Schäden kann je nach geographischer Lage, demographischer Struktur, baulicher Substanz und bereits vorgenommenen Anpassungs- oder Schutzmaßnahmen sehr unterschiedlich ausfallen.

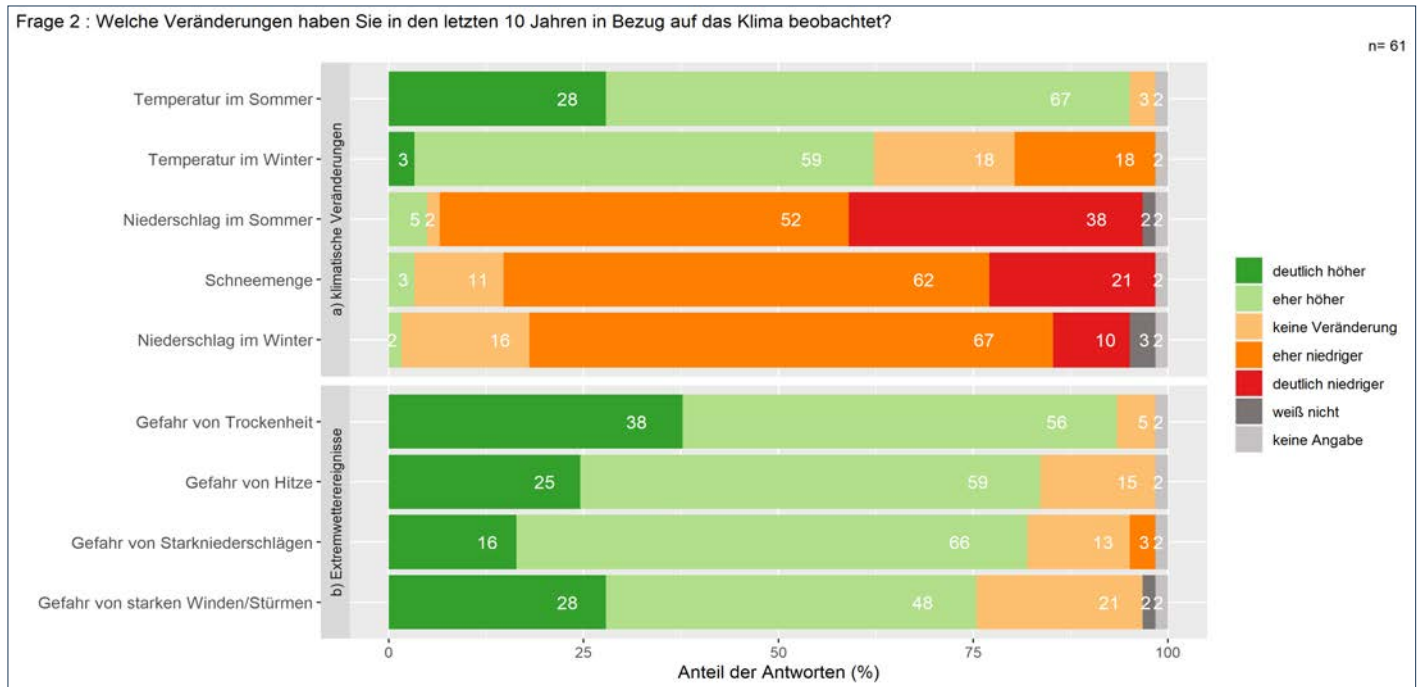


Abb. 5: Beobachtete klimatische Veränderungen und Extremwetterereignisse in den letzten 10 Jahren

4 WAHRNEHMUNG VON KLIMAVERÄNDERUNGEN

Die befragten Kommunen machen differenzierte Aussagen zu den von ihnen wahrgenommenen klimatischen Veränderungen (Abbildung 5). Ein Temperaturanstieg im Sommer und Winter wurde von 95 bzw. 62 Prozent der Befragten in den letzten zehn Jahren wahrgenommen. Niederschlagsmengen im Sommer und Winter sowie Schneemengen wurden eher bis deutlich niedriger wahrgenommen. Die Gefahr von Extremwetterereignissen wie Trockenheit, Hitze, Starkniederschlägen sowie Winden und Stürmen hat nach Einschätzung von mindestens drei Vierteln der Kommunen zugenommen.

Jede der befragten Kommunen musste in den letzten zehn Jahren Schäden durch diese klimatischen Veränderungen verzeichnen (Abbildung 6). In den meisten Kommunen wurden die Schäden durch Extremwetterereignisse unterschiedlicher Natur verursacht. In allen Kommunen entstanden Schäden im Baum- und Grünbestand durch Trockenheit. Auch Stürme strapazierten die Bestände. Über 90 Prozent der Befragten hatte zudem Schäden durch Starkniederschläge zu verzeichnen. Obwohl die Gefahr von Hitze im Vergleich zu anderen Extremwetterereignissen in ländlichen Räumen oft als nachrangig bewertet wird, melden mehr als drei Viertel der Kommunen Probleme durch Hitze.

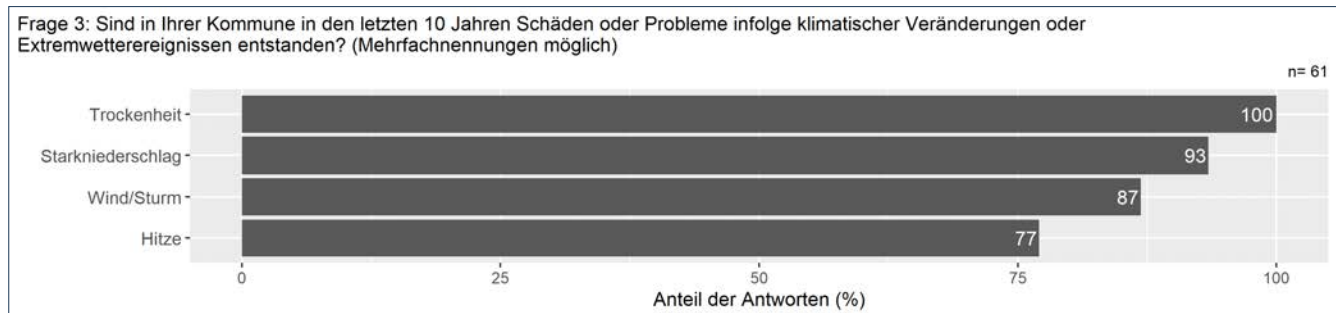


Abb. 6: Ursachen für Schäden und Probleme in den letzten 10 Jahren

4 WAHRNEHMUNG VON KLIMAVERÄNDERUNGEN

Abbildung 7 veranschaulicht Erwartungen der Kommunen in Hinblick auf zukünftige Klimaveränderungen. Fast alle Kommunen erwarten in den nächsten zehn Jahren Schäden durch Trockenheit, Starkniederschläge, Stürme sowie Hitze. Zwei Drittel der Befragten rechnen sogar mit großen Schäden durch Trockenheit. Für die Kommunen ergibt sich daraus der in Abbildung 8 dargestellte zukünftige Handlungsbedarf. Knapp 40 Prozent sehen einen mittelfristigen Handlungsbedarf für Maßnahmen zur Anpassung an Starkniederschläge und jeweils 20 Prozent für Trockenheit, Hitze und Stürme. Langfristig sehen 25 bis 38 Prozent der Kommunen einen Anpassungsbedarf an diese Extreme. Für mehr als die Hälfte der Befragten ist der Handlungsbedarf bei Stürmen nicht abschätzbar.

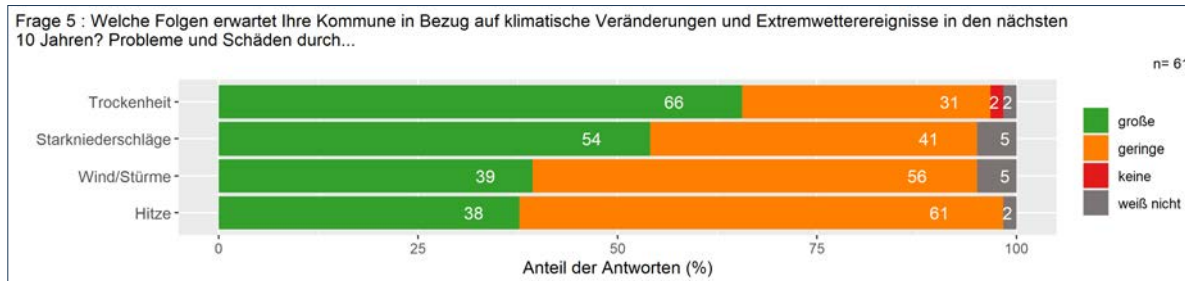


Abb. 7: Erwartete Schäden durch klimatische Veränderungen und Extremwetterereignisse

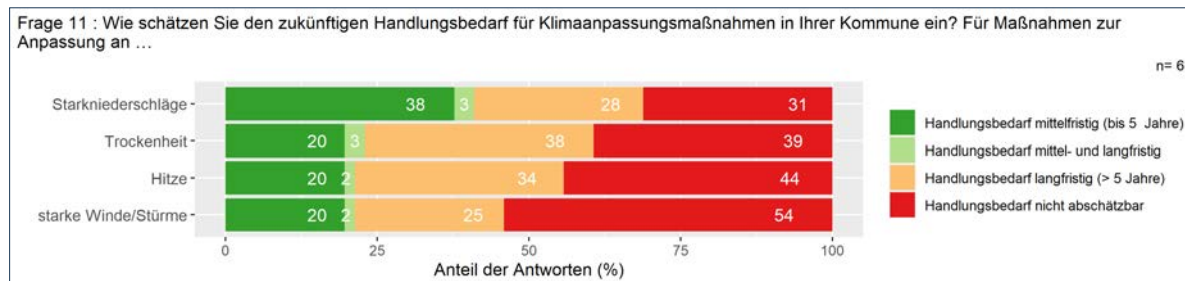


Abb. 8: Handlungsbedarfe für Klimaanpassungsmaßnahmen

4 WAHRNEHMUNG VON KLIMAVERÄNDERUNGEN

Über 60 Prozent der befragten Kommunen schätzen ein, dass die klimatischen Veränderungen (eher) negative Folgen für sie haben werden (Abbildung 9). Chancen durch klimatische Veränderungen sieht nur ein Drittel der Kommunen. Die beobachteten Klimaveränderungen schreiben aktuell etwa 40 Prozent der Befragten dem Klimawandel zu. Jede vierte Kommune sieht sich aktuell noch nicht vom Klimawandel betroffen. Diese Einschätzung ändert sich, wenn nach der Betroffenheit vom Klimawandel in der Zukunft gefragt wird: Etwa 60 Prozent der Kommunen erwarten, in Zukunft vom Klimawandel tangiert zu sein. Fast jede dritte Kommune ist der Auffassung, dass sich der Klimawandel in Zukunft zumindest teilweise auf sie auswirken wird.

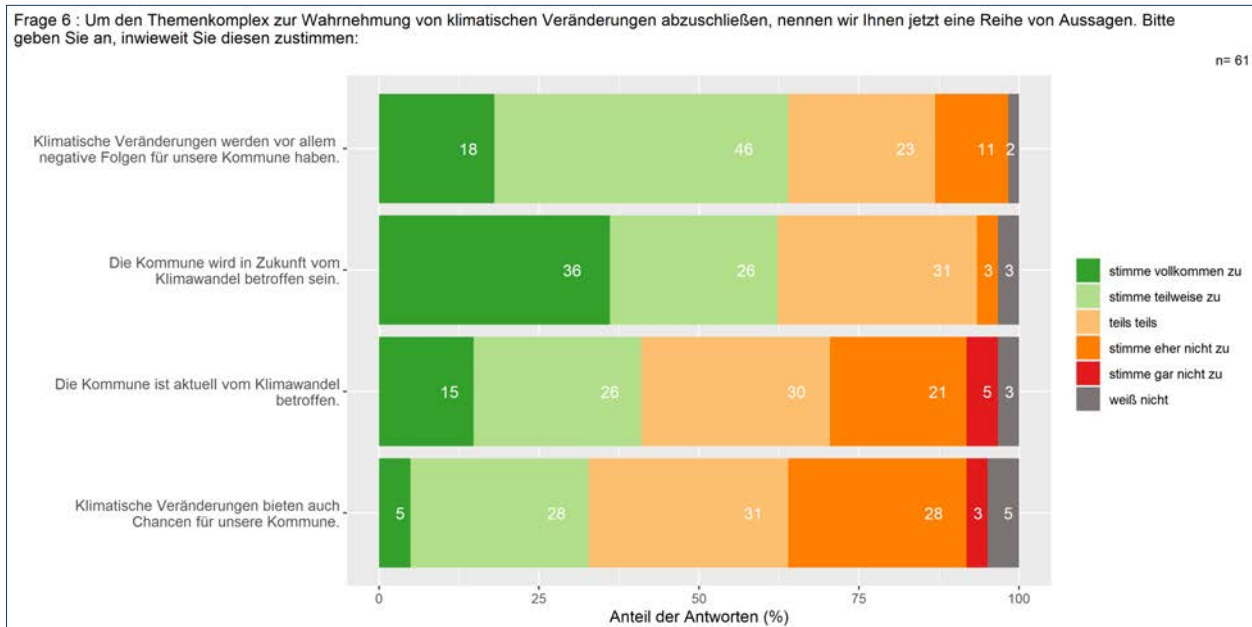


Abb. 9: Einschätzungen zum Klimawandel

5 ANPASSUNGSMASSNAHMEN UND STRATEGISCHES VORGEHEN

Reaktive oder präventive Maßnahmen zur Anpassung an die beobachteten klimatischen Veränderungen werden von fast allen Kommunen umgesetzt oder geplant (Abbildung 10). Bewässerung von öffentlichem Grün bei Trockenheit sowie Maßnahmen zum Erosionsschutz bei Starkniederschlägen wurden von 54 bzw. 33 Prozent der Kommunen bereits umgesetzt. In Planung sind die Pflanzung von trockenresistenten Pflanzenarten (49 Prozent) sowie die Reduzierung des Versieglungsgrades, um Versickerungsflächen für Starkniederschläge zu schaffen (41 Prozent). Über den Umfang der Maßnahmen lassen sich keine Aussagen treffen.

Die Kommunen wurden gefragt, ob einzelne Aspekte des Klimawandels in bestehende kommunale Strategien oder Konzepte wie Stadt- oder Dorfentwicklungskonzepte integriert wurden. Dies wird von ca. 60 Prozent der Kommunen bejaht. Bei 8 Prozent der Kommunen liegt ein Konzept zur Anpassung an klimatische Veränderungen oder zur Vorsorge gegenüber Extremwetterereignissen vor. Dabei handelt es sich meist um spezifische Teilbereiche der Anpassung wie Hochwasserschutzkonzepte. 11 Prozent der Befragten erarbeiten oder planen eine solche Strategie. Drei Viertel der Befragten geben an, dass ergriffene oder geplante Maßnahmen zur Anpassung an die klimatischen Veränderungen und Extremwetterereignisse nicht in Strategien oder Konzepten zur Klimaanpassung eingebunden sind (Abbildung 11). Eine übergeordnete Strategie zur systematischen Anpassung an alle lokal möglichen klimatischen Veränderungen liegt aktuell bei keiner Kommune vor.

Frage 14 : Liegen darüber hinaus in Ihrer Kommune bereits konkrete Strategien oder Konzepte zur Anpassung an klimatische Veränderungen oder zur Vorsorge gegenüber Extremwetterereignissen vor, sind in Arbeit oder geplant?

n= 61

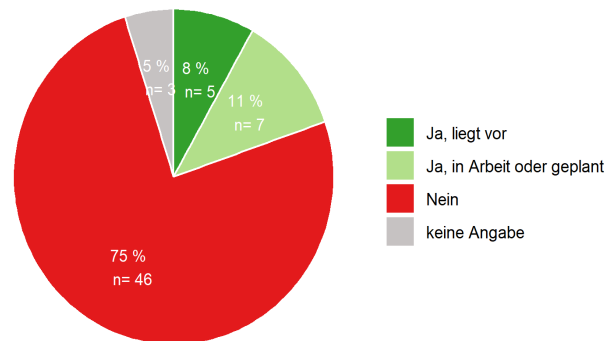


Abb. 11: Strategien und Konzepte zur Klimaanpassung

5 ANPASSUNGSMASSNAHMEN UND STRATEGISCHES VORGEHEN

Frage 10 : Werden in Ihrer Kommune aktuell Maßnahmen zur Klimaanpassung durchgeführt oder sind diese geplant?

n= 61

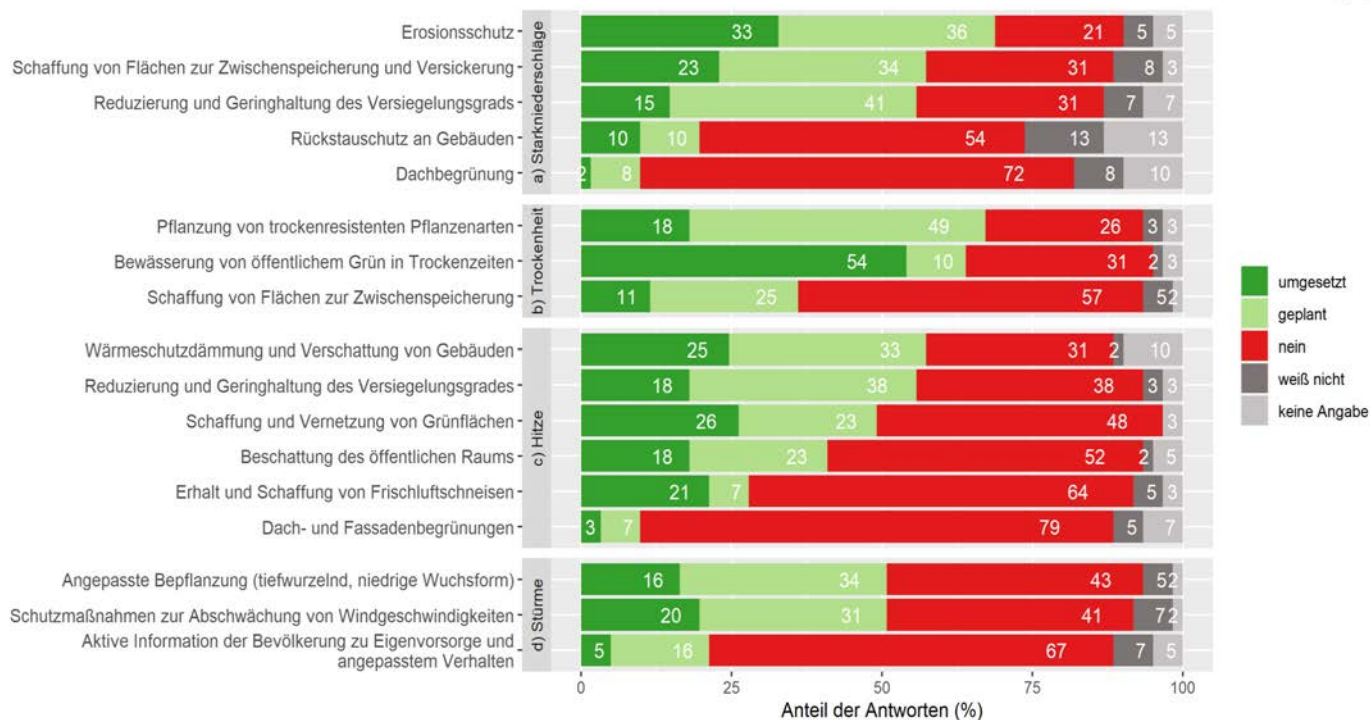


Abb. 10: Durchgeführte und geplante Anpassungsmaßnahmen



6 HERAUSFORDERUNGEN UND UNTERSTÜTZUNGSBEDARFE

Maßnahmen zur Anpassung an klimatische Veränderungen bergen Herausforderungen für Kommunen (Abbildung 12). Knappe finanzielle Ressourcen zur Planung und Umsetzung von Maßnahmen sind für über 80 Prozent der Befragten ein relevantes Hemmnis. Zusätzlich mangelt es bei zwei Dritteln der Befragten an eigenem Personal, welches sich systematisch mit Risikoabschätzung oder Planung von Maßnahmen beschäftigen kann. Mangelnde Akzeptanz in Bevölkerung, Politik oder Verwaltung ist bei weniger als einem Viertel der Antwortenden ein relevantes Problem.

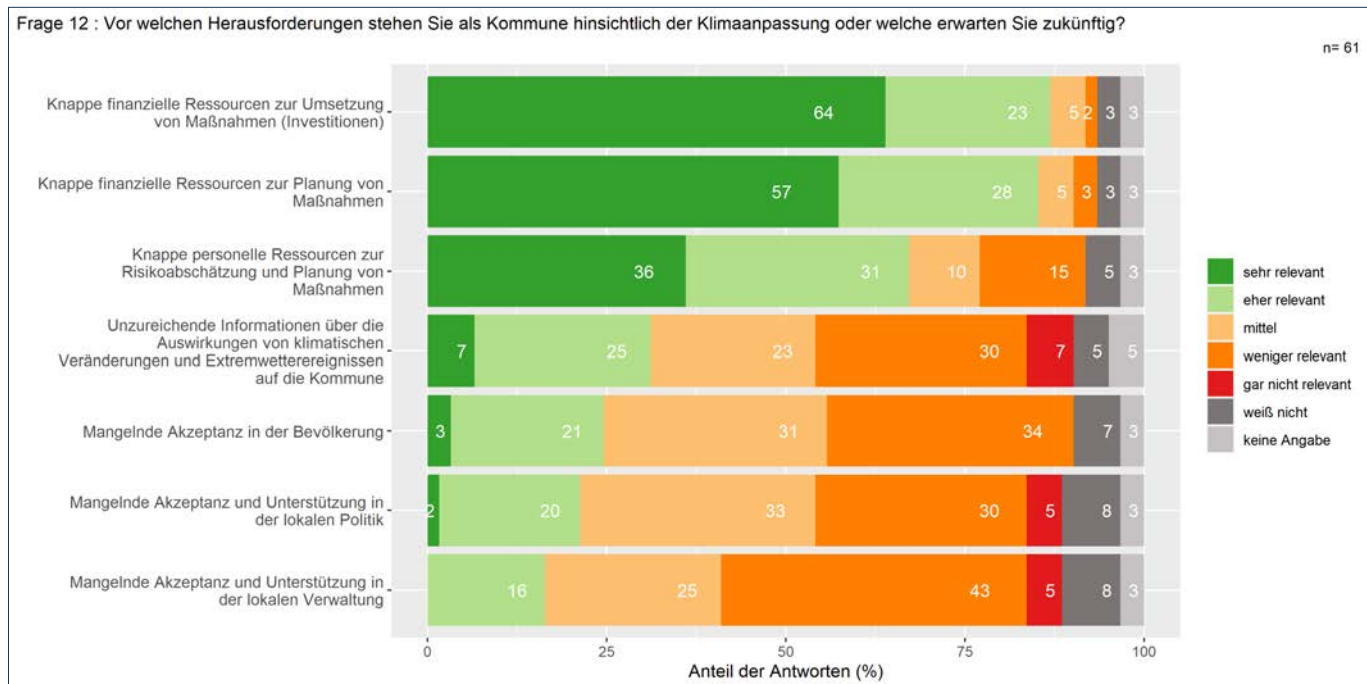


Abb. 12: Herausforderungen bei der Klimaanpassung

6 HERAUSFORDERUNGEN UND UNTERSTÜTZUNGSBEDARFE

Entsprechend wünschen sich 80 bzw. 67 Prozent der Kommunen Unterstützung bei der Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen und Personal (Abbildung 13). Informationen zu Fördermitteln werden von drei Viertel der TeilnehmerInnen gewünscht. Zwei Drittel sehen hohen Bedarf bezüglich einer umfassenden Klimaanpassungsberatung. Mehr als die Hälfte der Antwortenden schätzt den eigenen Bedarf an Informationen zu Klimaanpassungsmaßnahmen und der lokalen Klimaentwicklung als hoch ein. Unterstützung bei der Durchführung von Beteiligungsprozessen mit externen AkteurInnen und kommunalen PartnerInnen werden von fast der Hälfte der Kommunen gewünscht.

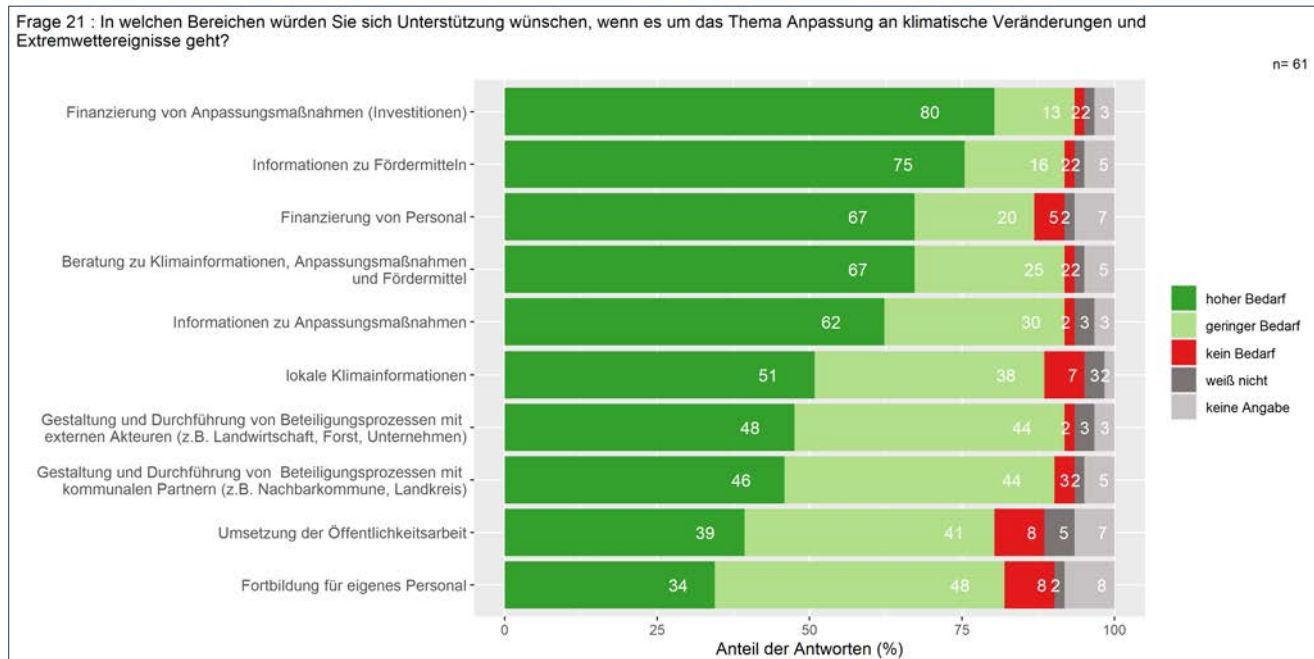


Abb. 13: Unterstützungsbedarfe bei der Klimaanpassung

6 HERAUSFORDERUNGEN UND UNTERSTÜTZUNGSBEDARFE

Über drei Viertel der antwortenden Kommunen bewerten ihren Wissenstand in Hinblick auf klimatische Veränderungen und Extremwetterereignisse als befriedigend oder besser (Abbildung 14). Zwei Drittel der Befragten können die Auswirkungen von klimatischen Veränderungen und Extremwetterereignisse auf die eigene Kommune mindestens befriedigend beurteilen. Jede fünfte Kommune ist unzureichend über Maßnahmen zur Anpassung an diese Klimaveränderungen informiert. Am schlechtesten fühlen sich die TeilnehmerInnen hinsichtlich Förderprogrammen zur Klimaanpassung informiert (35 Prozent befriedigend oder besser). Informationsdefizite bestehen nach Selbsteinschätzung der Kommunen zu Anpassungsmaßnahmen und deren Förderung.

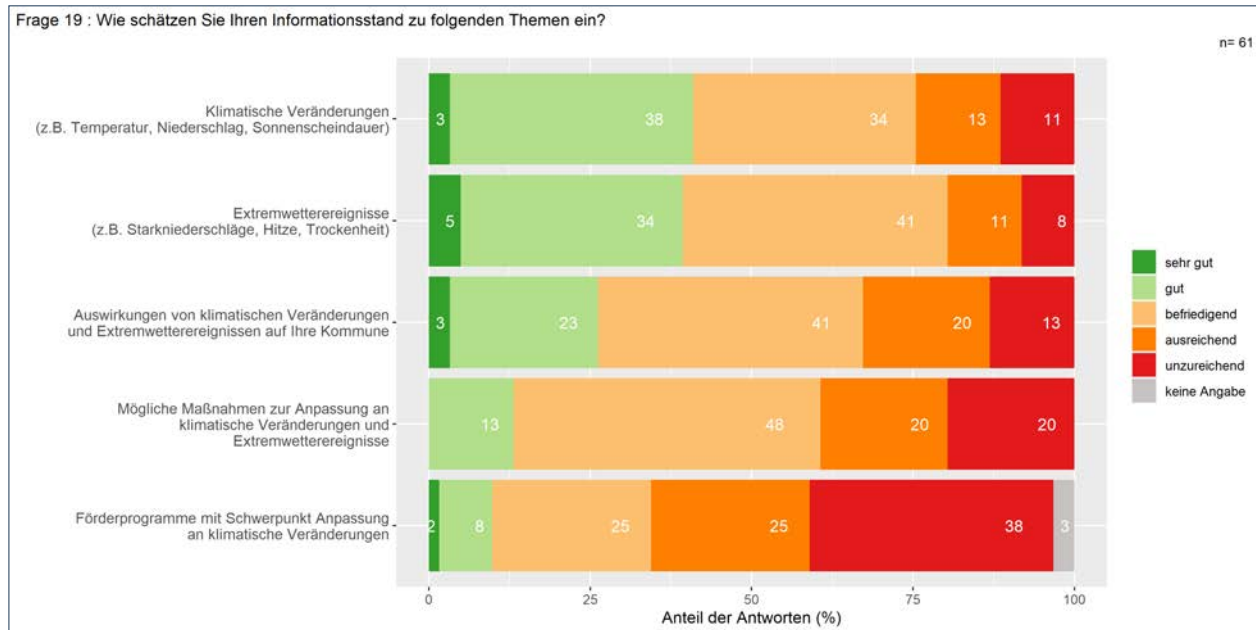


Abb. 14: Einschätzungen zum Informationsstand

6 HERAUSFORDERUNGEN UND UNTERSTÜTZUNGSBEDARFE

Die Kommunen wünschen sich Informationen zur Klimaanpassung über unterschiedliche Kanäle (Abbildung 15). Direkte Formate der Informationsvermittlung durch Beratungsgespräche oder Veranstaltungen vor Ort werden von 57 bzw. 48 Prozent favorisiert, gefolgt von passiven Formaten wie Website, Printmaterial oder Newsletter. Lediglich 3 Prozent der Befragten wünschen sich keine Informationen zur Klimaanpassung. Das regionale Klimainformationssystem ReKIS, welches Klimadaten für

Mitteldeutschland bereitstellt und über Klimafolgen und Anpassungsmaßnahmen informiert, zählt zu den bereits bestehenden Möglichkeiten, sich online über lokale Klimaveränderungen zu informieren. ReKIS ist zwar 15 Prozent der Befragten bekannt, wird aber aktuell (zumindest auf Führungsebene) nicht genutzt.

Herausforderungen bestehen auch bei der Beantragung von benötigten Fördermitteln (Abbildung 16): 86 Prozent der TeilnehmerInnen melden, dass Antragsanforderungen zu umfangreich sind. 78 Prozent der Kommunen haben Probleme, entsprechend der Förderquote anteilige Eigenmittel bereitzustellen. Drei Viertel berichten von knappen personellen Kapazitäten für die Antragstellung. Darüber hinaus sind für über die Hälfte der Kommunen knappe Antragsfristen, unpassende Fördergegenstände und missverständliche Antragsanforderungen relevante Herausforderungen. Fehlende Informationen über aktuelle Förderprogramme und Wettbewerbe sowie eingeschränkte Flexibilität durch den Doppelhaushalt stellen noch für 44 bzw. 22 Prozent der Kommunen Hemmnisse dar.

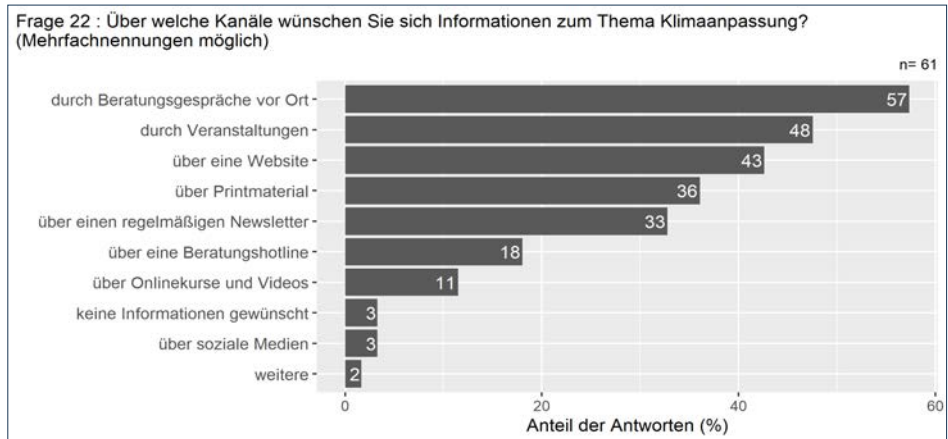


Abb. 15: Gewünschte Informationskanäle zum Thema Klimaanpassung

6 HERAUSFORDERUNGEN UND UNTERSTÜTZUNGSBEDARFE

Frage 17 : Vor welchen Herausforderungen stehen Sie als Kommune hinsichtlich der Beantragung von öffentlichen Fördermitteln?

n= 61

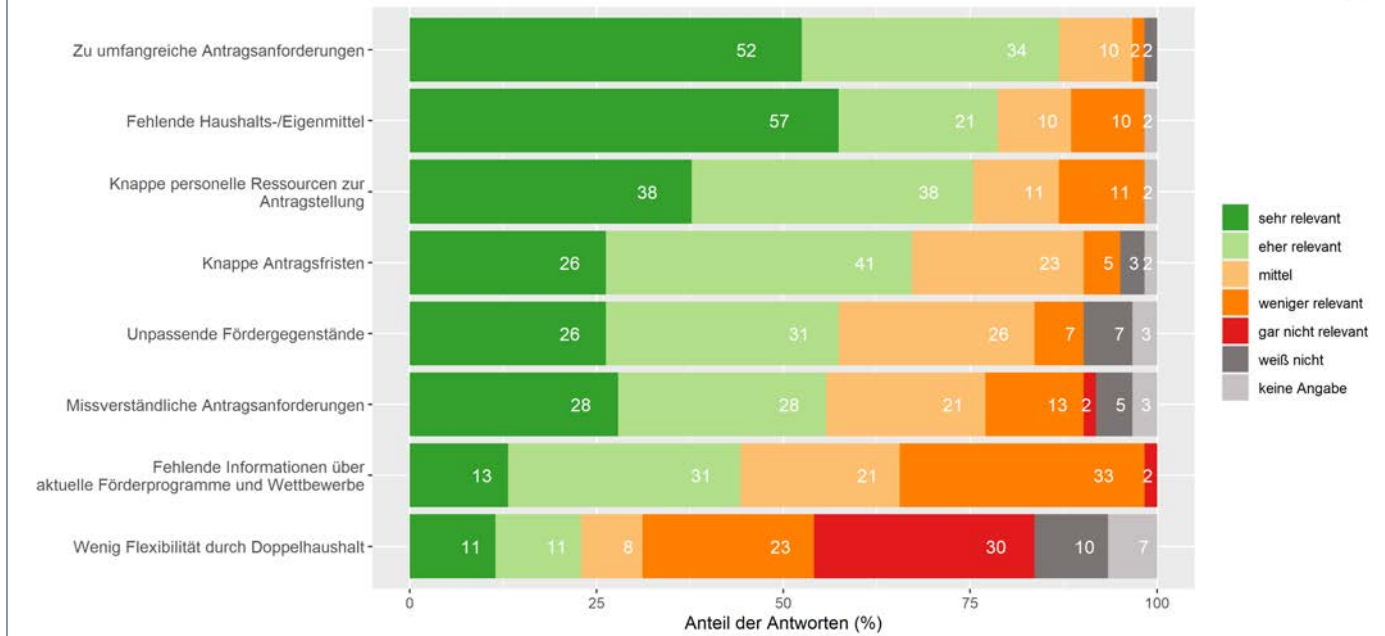


Abb. 16: Herausforderungen bei Fördermittelanträgen

6 HERAUSFORDERUNGEN UND UNTERSTÜTZUNGSBEDARFE

Informationen über Förderprogramme gelangen auf unterschiedlichen Wegen zu den Kommunen. Drei Viertel der Kommunen beziehen diese Informationen über den Städte- bzw. Landkreistag, 72 Prozent über den Landkreis und 61 Prozent über die Landtags- bzw. Bundestagsabgeordneten. Über den Austausch mit KollegInnen aus der eigenen Verwaltung oder aus anderen Kommunen erhalten 57 bzw. 49 Prozent der Befragten Informationen zu Fördermitteln. Weitere Informationsquellen sind Abbildung 17 zu entnehmen.

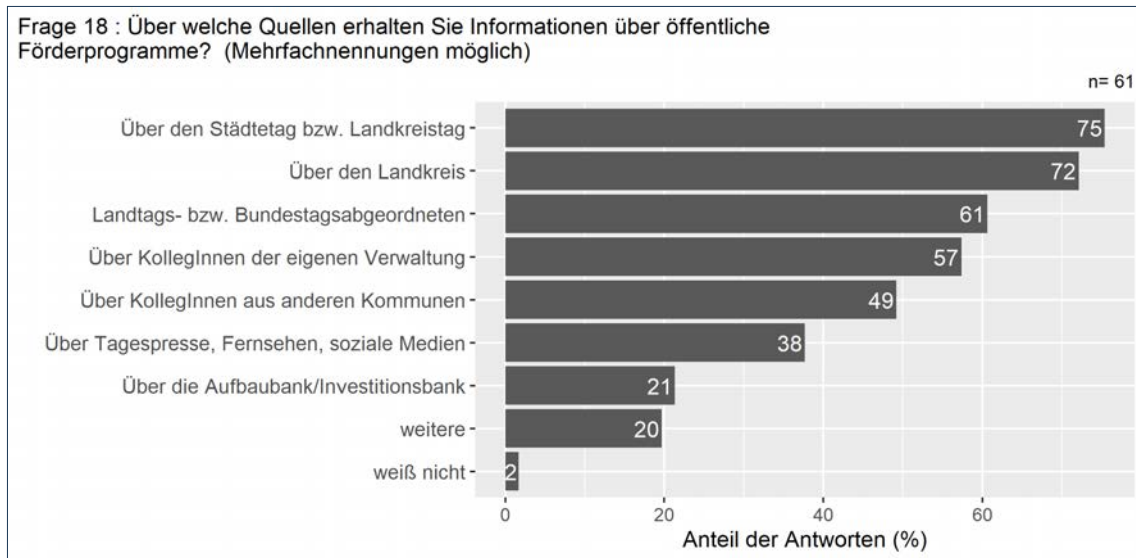


Abb. 17: Informationsquellen zu Fördermitteln



7 AKTEURINNEN UND KOOPERATIONEN BEI KLIMATHEMEN



Erosion eines Ackers © Heidenreich 2020

Klimatische Veränderungen und Extremwetterereignisse wirken über Verwaltungsgrenzen hinweg und betreffen unterschiedliche AkteurInnen innerhalb sowie außerhalb der Kommunalverwaltung. Kooperations- und Beteiligungsformate zur Planung und Koordination von Anpassungsmaßnahmen können dementsprechend erforderlich sein. In den Bereichen Gewässerpflege, Katastrophen-, Hochwasser- und Naturschutz erfolgt in mehr als der Hälfte der Kommunen ein Austausch mit anderen Kommunen, der hauptsächlich bei Bedarf, seltener in regelmäßigem Turnus stattfindet (Abbildung 18). Dieser Austausch widmet sich nicht zwangsläufig explizit Klimathemen.

Spezifisch zu Klimaschutz bzw. Klimaanpassung tauschen sich etwa ein Viertel der Kommunen mit benachbarten Kommunen oder dem Landkreis aus (Abbildung 19). Deutlich weniger Kommunen stehen in Austausch mit dem Regionalverband, der Planungsregion oder den Fachbehörden des Landes (18 bzw. 8 Prozent). Kooperationsformate der Kommunen sind beispielsweise regelmäßige, durch die Kreisverwaltung organisierte Treffen wie Bau- und Umweltausschüsse, Informationsveranstaltungen der Landratsämter oder BürgermeisterInnenberatungen. Häufig genannte Themen dieser Kooperationen sind Gewässerpflege, Forst, Tourismus und Kultur, Hochwasser- und Naturschutz, Wassermanagement und erneuerbare Energien. Fast die Hälfte der Kommunen steht noch in keinem Austausch zu Klimathemen mit anderen Kommunen.

7 AKTEURINNEN UND KOOPERATIONEN BEI KLIMATHEMEN

Frage 26 : Ganz allgemein, in welchen Bereichen erfolgt ein Austausch oder eine Zusammenarbeit Ihrer Kommune mit anderen Kommunen?

n= 61

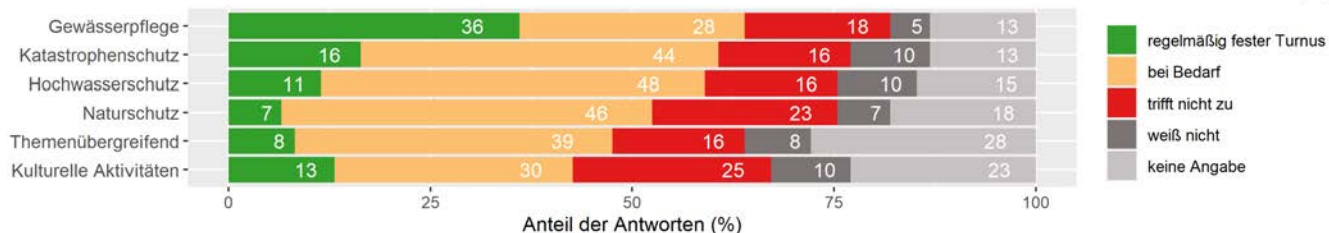


Abb. 18: Interkommunaler Austausch und Zusammenarbeit

Frage 27 : Arbeiten Sie mit benachbarten Städten und Gemeinden, im Landkreis oder in einem Regionalverband oder Planungsregion im Bereich Klimaschutz oder Klimaanpassung zusammen oder findet diesbezüglich ein fachlicher Austausch statt? (Mehrfachnennungen möglich)

n= 61

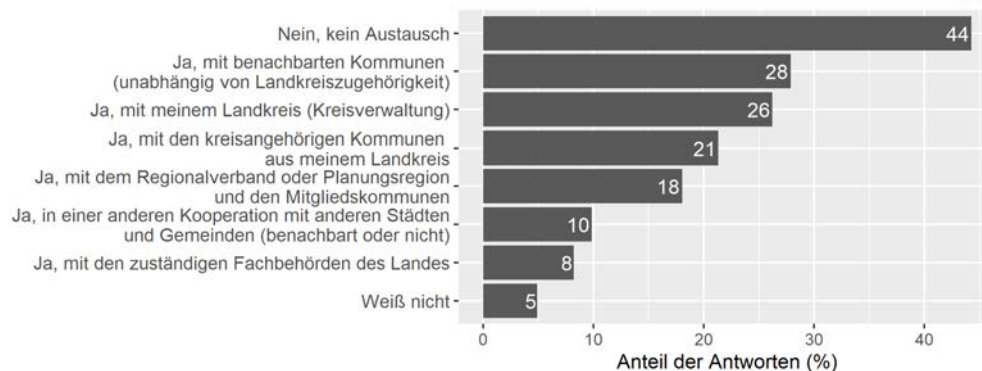


Abb. 19: Austausch und Zusammenarbeit bei Klimathemen

7 AKTEURINNEN UND KOOPERATIONEN BEI KLIMATHEMEN

Ein abgestimmtes, strategisches Vorgehen im Bereich Klimaanpassung wünschen sich 16 Prozent der Kommunen mit anderen Kommunen, um Insellösungen oder Doppelplanungen zu vermeiden und Erfahrungen auszutauschen. 31 Prozent der Befragten sehen den Landkreis als Sitz von Fachbehörden mit entsprechender Expertise in der Position, Klimaanpassungsmaßnahmen zu bündeln und zu steuern. Mit den KlimaanpassungsexpertInnen auf Landesebene würden sich 28 Prozent der Kommunen gerne stärker austauschen. Vom Land wird sich zudem Unterstützung bei Fördermaßnahmen (z.B. Festlegung von Zielen, Bündelung von Maßnahmen, Senkung der Anforderungen bei Fördermittelvergabe) gewünscht.

Innerhalb der Kommunen existieren unabhängig von Klimathemen unterschiedliche Beteiligungsformate für AkteurInnen außerhalb der Verwaltung wie BürgerInnen, Vereine und Unternehmen (Abbildung 20). Informationsveranstaltungen werden von fast 70 Prozent der Kommunen bei Bedarf durchgeführt. Etwa die Hälfte der Kommunen ruft bei Bedarf Arbeitskreise oder Beiräte ins Leben. Runde Tische und BürgerInnenwerkstätten finden in etwa jeder vierten bzw. fünften Kommune in der Region bei Bedarf statt.

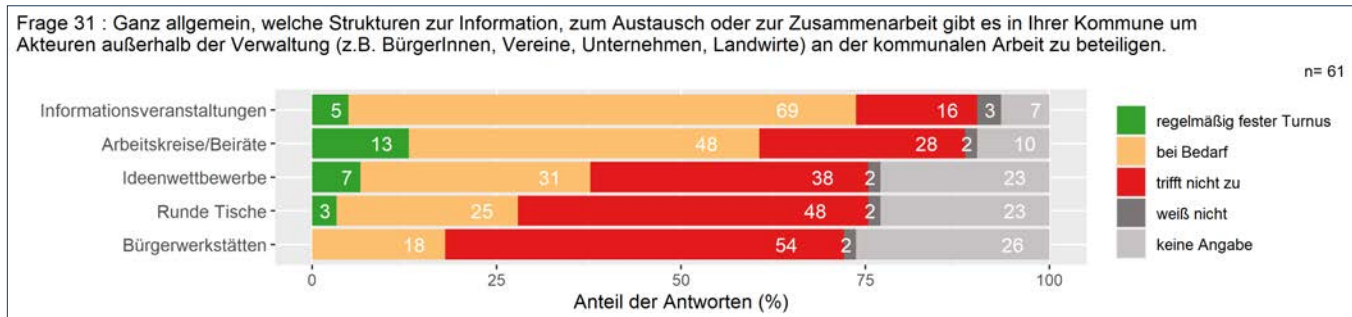


Abb. 20: Beteiligungsformate innerhalb der Kommunen

7 AKTEURINNEN UND KOOPERATIONEN BEI KLIMATHEMEN

Der Austausch mit AkteurInnen außerhalb der Verwaltung zu spezifischen Klimaanpassungsthemen ist für die Kommunen in den Bereichen Naturschutz, Wasser-, Forst- und Landwirtschaft sowie Tourismus am relevantesten. Mindestens zwei Drittel der Kommunen wünschen sich dort eine verstärkte Kommunikation. Ein Austausch bei Bedarf wird gegenüber regelmäßigen Treffen bevorzugt. Gleiches gilt für den Austausch mit BürgerInnen (Abbildung 21).

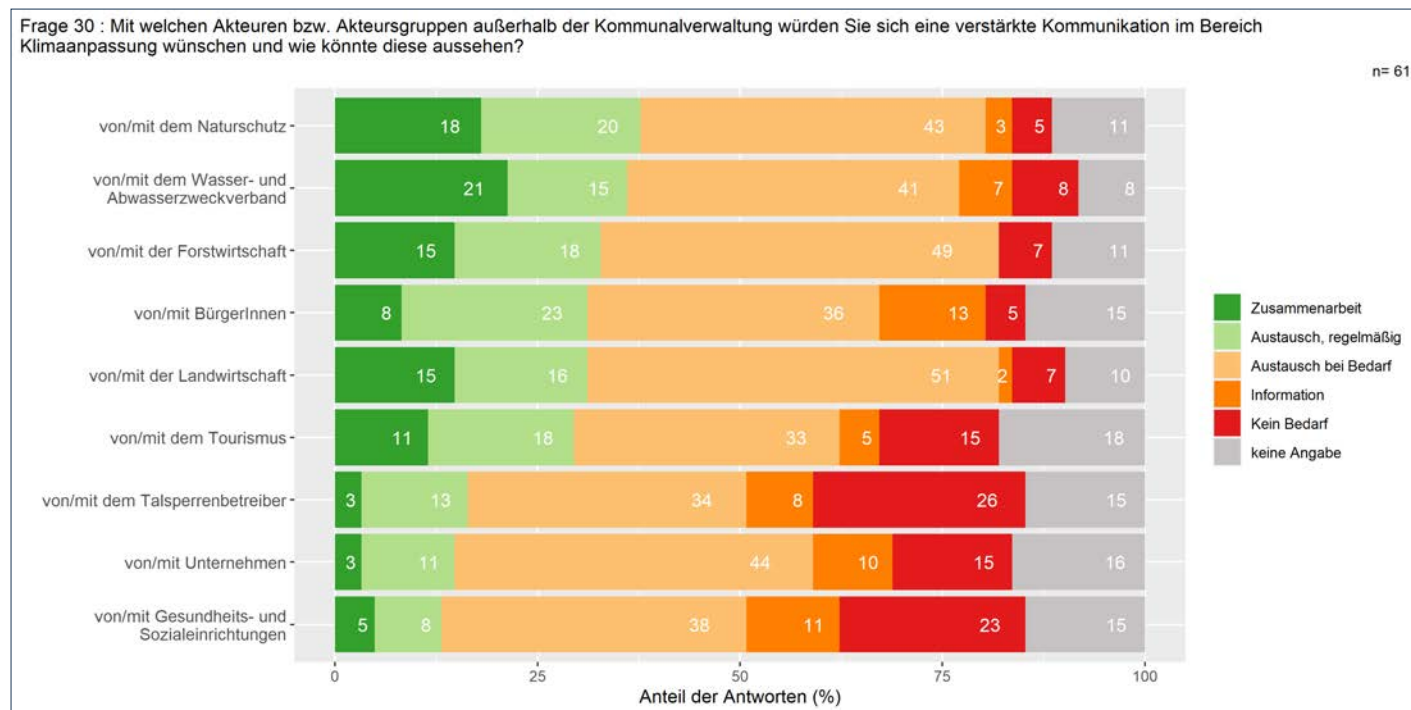


Abb. 21: Austauschbedarfe zum Thema Klimaanpassung außerhalb der Verwaltung



8 SCHULSSFOLGERUNGEN

Viele Kommunen priorisieren in der aktuellen Verwaltungspraxis andere Arbeitsfelder oder aktuelle Ereignisse wie die Pandemie höher als den Klimawandel. Die meisten Kommunen können klimatische Veränderungen differenziert beschreiben, ihre zukünftige Betroffenheit vom Klimawandel einschätzen und engagieren sich in unterschiedlichem Ausmaß im Klimaschutz. Maßnahmen zur Anpassung an klimatische Veränderungen werden jedoch selten strategisch betrieben oder als Querschnittsaufgabe zwischen verschiedenen Fachbereichen und Ebenen der Verwaltung angegangen. Es besteht eine Diskrepanz zwischen der eingeschätzten Betroffenheit von den Folgen klimatischer Veränderungen und dem strategischen Handeln der Kommunen im Rahmen einer expliziten Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Grund dafür scheint ein Mangel an Ressourcen insbesondere an Eigenmitteln und Personal zu sein. Die Kommunen äußern Bedarfe in Hinblick auf die Finanzierung von Personal sowie den Anpassungsmaßnahmen als solche. Eine Klimaanpassungsberatung in unterschiedlichen Formaten wird auch nachgefragt. Die Kommunen wünschen sich zudem eine verstärkte Zusammenarbeit mit weiteren Verwaltungseinheiten wie anderen Kommunen, dem Landkreis und dem Land, aber auch AkteurInnen außerhalb der Verwaltung. Aus den Ergebnissen lassen sich die folgenden drei Schlussfolgerungen ziehen:

8 SCHULSSFOLGERUNGEN

Der Problemdruck wird wahrgenommen, doch die eine Lösung gibt es nicht.	Bewusstsein für Klimafolgen ist in Teilen vorhanden, doch strategische Anpassung bleibt aus.	Die finanziellen und personellen Handlungsspielräume der Kommunen sind zu eng.
Entsprechend der kommunalen Kapazitäten werden Instrumente benötigt, die eine Auseinandersetzung mit dem Thema Klimaanpassung in den täglichen Verwaltungsvorgängen ermöglichen. Klimaanpassung kann dabei mit anderen Themen verknüpft werden, die einen höheren Stellenwert in den Kommunen haben wie Attraktivitätssteigerung oder langfristige Kosteneinsparungen. Weiterhin bedarf es Instrumente zur systematischen und strategischen Bearbeitung der fachbereichsübergreifenden Aufgabe Klimaanpassung. Gespräche vor Ort bilden die Basis einer Beratung, die durch Webseiten, Printmaterialien und Newsletter ergänzt werden kann.	Die Diskrepanz zwischen der Betroffenheit von klimatischen Veränderungen oder Extremwetterereignissen und dem konkreten Anpassungshandeln in den Kommunen gilt es zu überwinden. Bestehende, ortspezifische Erfahrungen mit Extremwetterereignissen oder mit Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen können regional nutzbar gemacht werden. Durch eine interkommunale Vernetzung und unter Beteiligung aller betroffenen Akteurrinnen können Strategien zusammen erarbeitet und gemeinsame Lernprozesse angeregt werden.	Eine systematische und adressaten-spezifische Fördermittelberatung mit fachlicher Unterstützung der Kommunen bei der Antragstellung kann dazu beitragen, den Kommunen die notwendigen finanziellen oder personellen Ressourcen zur Klimaanpassung zur Verfügung zu stellen. Die Finanzierung von Personal und Anpassungsmaßnahmen ist als Grundvoraussetzung für kommunale Klimaanpassungsaktivitäten zu betrachten.

LANDESAMT FÜR UMWELT,
LANDWIRTSCHAFT
UND GEOLOGIE



Freistaat
SACHSEN



FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA



**TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DRESDEN**

In Kooperation mit:

Freistaat
Thüringen



Landesamt für
Umwelt, Bergbau
und Naturschutz



SACHSEN-ANHALT

Landesamt für Umweltschutz

KONTAKT

Professur für Meteorologie
Fakultät für Umweltwissenschaften
Technische Universität Dresden

Prof. Dr. Christian Bernhofer
Helmholtz-Straße 10
01069 Dresden

E-Mail: christian.bernhofer@tu-dresden.de
<https://klimakonform.uw.tu-dresden.de/>
<https://rekis.hydro.tu-dresden.de/kommunal/>

Diese Broschüre ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz: Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0). Diese Lizenz erlaubt unter Nennung der Urheber die Vervielfältigung und Weiterverbreitung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter: creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0